

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,000.— M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 800.— M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1 000.— M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelkot 17. Fernruf 3360 und 3367. Schluss der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 34/35

Duisburg, Ende August 1923

24. Jahrgang

Verband in Not

Wenn über See der Ruf ertönt: „Schiff in Not!“, dann weiß jeder, daß höchste Gefahr im Verzuge ist. In der gleichen Lage befindet sich infolge der furchtbaren Geldentwertung unser christlicher Metallarbeiterverband. Die Ausgaben für Agitation, Wahrnehmung der Arbeiterinteressen, für Verbandsorgan und Verwaltung gehen jeden Monat in die Milliarden; die steigenden Preise greifen das Verbandsgelüge genau so an, wie jeden Arbeiterhaushalt. Demgegenüber haben die Verbandsmaßnahmen bis jetzt weder in der Höhe noch in der schnellen Angleichung an die steigenden Verhältnisse Schritt gehalten. Wieviel mehr hätte für die Kollegenchaft geschehen können, wenn unser Verband immer sofort die künftigen Mittel bei der Hand gehabt hätte. Dieser Mangel hat sich leider schon nach mancher Seite hin bitter bemerkbar gemacht. Wenn unser christlicher Metallarbeiterverband trotzdem im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen bis heute noch nicht in einer für die Arbeiterinteressen gefährlichen Art und Weise gelitten hat, so ist das ein Zeichen seiner inneren Stabilität und Festigkeit, auf die ja unsere Kollegen immer — und mit Recht! — stolz waren.

Aber das rasende Tempo der Geldentwertung der letzten Wochen beginnt, alles über den Haufen zu werfen, und wenn nicht alle Kräfte angezogen und alle Mittel angewandt werden, wird auch der Kolgebau unserer Organisation zur Naht werden.

In einer solchen Stunde muß sich der alte, edle, gute, christliche Metallarbeitergeist wieder bewähren, und er wird auch den Verband über die Gefahren hinwegführen.

Wie kannst Du Dich an der Stütze mitbeteiligen?

Notwendig ist, heute mehr als je, für jeden Kollegen die pünktliche Zahlung seines Wochenbeitrages.

Der Wochenbeitrag ist mindestens der effektive Stundenverdienst eines mittleren Facharbeiters am betreffenden Orte oder im betreffenden Bezirk. Der Beitrag darf nicht hinter dem wöchentlich festgesetzten Stundenverdienst zurückbleiben. Er muß sich sofort angleichen.

Schnelle Ueberweisung des Geldes an die Zentrale ist ebenso dringend wie die erste Forderung auch. Kein Geld darf in dieser Zeit in den Drucksgruppen längere Zeit liegen, wo es doch nur der Entwertung anheimfällt.

Kollegen! Der Verband erstreckt Euch den „wertbeständigen Lohn“, er kämpft für Euch um den Gutwerttag, er kämpft für Euch um die Entwertungsausgleich in Form sich schnell anpassender Verbandsbeiträge. Mit dem Verband stehen und fallen Eure Arbeiterrechte, steht und fällt die Zukunft der Metallarbeiterchaft. Weist jene Schwäger sofort von Euch, deren geheime Aufgabe es ist, die Gewerkschaft zu zertrümmern, ganz gleich ob sie Beauftragte des Kommunismus oder des Scharfmachertums sind, denn diese beiden haben darin sehr enge Berührungspunkte. Seht Euch jene Gesellen gut an, wenn sie zu Euch kommen und fragt sie erst einmal, was sie denn schon für die Arbeiterchaft geleistet haben.

Wer den Verband schädigt, schlägt die Arbeiterchaft; wer den Verband stärkt, hilft sich selbst und seiner Familie.

Das ist kein Weg

Unsere Zeit lebt in einem Millionenrausch, der anfängt die Unterschiede zwischen berechtigten Forderungen und unberechtigten Forderungen auch in großen Schichten der Arbeiterchaft zu verwischen. Die Triebfeder dazu ist häufig die Furcht vor der Marktentwertung, der man durch möglichst hohe Forderungen begegnen zu können glaubt. Dieser Wettlauf zwischen „Igel und Hase“ kann nicht eher eine annähernde Angleichung erfahren, als bis Angebot und Nachfrage der Waren sich in etwa wieder geregelt haben.

Die Gewerkschaftsbewegung bemüht sich in fast ununterbrochenen Lohnverhandlungen die Existenzmöglichkeiten der Arbeiterchaft sicher zu stellen und ohne ihre Tätigkeit wäre — das muß offen gesagt werden — die deutsche Wirtschaft und besonders das rheinisch-westfälische Industriegebiet heute der Tummelplatz wilderster linksradikaler Erregung, die zwar den Arbeitern keinen Pfennig Mehrlohn, dafür aber sabotierte Werke und damit Arbeitslosigkeit bescheren, genau so wie sie es in Tagen der Räterherrschaft unseligen Andenkens auch getan haben.

Die linksradikalen Kreise sehen ihren Weizen blühen und in den Notzeiten sind sie ja immer dabei, Brombeeren für sich zu pflücken. Sie versuchen jetzt die Arbeiterchaft von einer radikalen Forderung in die andere zu jagen, die den wirtschaftlichen Zweck sehr schlecht verhält, dafür aber um so mehr in radikal-politische Ziele einmünden soll, mit der Räterrepublik als Endziel. Es tauschen all die bekannten Forderungen wieder auf als da sind: Kontrollausschüsse, proletarische Hundeschäfer, und als Mittel dazu dienen die Demonstrationen mit dem versteckten Ziel der Blünderung, passive Resistenz, Putzche und vor allem das „edle“ Wahrzeichen des Moskowitertums, der Galgen, der bereits auf mehreren Werken errichtet worden ist für die „vollgefreßene Bourgeoisie“ und für die „verräterischen Gewerkschaftsbongzen“.

So lagern schwerste Sturmzeichen über unserm Volk. Radikale Burzichen mit möglichst großem Meißelwerk und möglichst geringer tatsächlicher Leistung für die Arbeiterchaft geben den Ton an; je radikaler ihr Wortschwall ist, um so mehr dürfen sie auf Zustimmung gewisser Kreise der Arbeiterchaft rechnen.

Die Gutgesinnten stehen oft angeekelt von solchem Treiben zurück und überlassen leider in vielen Betrieben diesen „Massenbeauftragten“ den Boden, die sich dann als die Arbeiterchaft ausspielen. Diese von Moskau via Berlin geschobenen Schieber sind sich zwar über die elementarsten Abfragen der Wirtschaft nicht im klaren, das ist aber auch vollständig überflüssig, denn sie schmeißen den Laden schon mit Geheiß: „Nieder mit dem Kapitalismus“. Ihre Parole lautet: Heraus aus dem Betrieb, hinein in den Betrieb; Ueberwachung des Wertes durch die revolutionäre Arbeiterchaft, wobei als losender Apfel möglichst wenig Arbeit und möglichst hohe Forderungen ausgehandelt wird. Es ist auf einigen Werken schon soweit gekommen, daß Belegschaften im Arbeitsangriff den ganzen Tag gegenseitig Besuche machen. (Die Arbeiterchaft in Sowjetrußland wird sich schwer hüten, derartige „Experimente“ zu machen, wozu die deutsche Arbeiterchaft von „revolutionären Betriebsräten“ aufgeputzt wird.)

Ja, wenn der Bolschewismus und der Radikalismus auch nur im entferntesten etwas für die Hebung der Wirtschaft, für die Versorgung der Arbeiterchaft leisten könnten! Oder glaubt denn im Ernste ein Mensch, daß z. B. mit dem gewalttätigen Stillelegen von Hochöfen — oder gar ihrer Zerstörung — die Arbeiterchaft weiterarbeiten und entlohnt werden könnte! Oder glaubt man, daß, wenn die Maschinen nicht laufen und die Schornsteine nicht rauchen, einem der Lohn nachgeworfen würde! Glaubt jemand, daß mit Mündern von Lebensmittelgeschäften und Umstürzen der Bauernwagen auf den Straßen zwecks „Requisition“ noch Waren und Lebensmittel in die betreffenden Städte hinein kämen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die tatsächliche Unsicherheit in manchen Städten auch sehr zur Lebensmittelknappheit mitgeholfen hat!

Dafür mögen sich viele Arbeiter dann bei den Regisseuren dieser Aktionen bedanken, aber es unterlassen, die Gewerkschaften als Schuldige hinzustellen. Solange sich die Arbeiterchaft derart von radikalen Minderheiten terrorisieren läßt und keine Gegenmaßnahmen gegen diese Saboteure der Wirtschaft und der Arbeiterfamilien ergreift, muß sie selbst auch die Konsequenzen tragen.

Wir als christliche Metallarbeiter lehnen diese Art von „Wiederaufbau“ grundsätzlich ab und werden uns stets dagegen stellen. Verlangen wir von allen anderen Ständen Arbeit für das Volksganze und fordern wir gerechte Verteilung der Lasten, dann wollen wir auch unsere Pflicht erfüllen. Dem Drängen der Gewerkschaftsbewegung ist der „wertbeständige“ Lohn und die gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten und ihre schnellere Einziehung zu danken. Wir fordern im Interesse der Existenz unseres Volkes einen Eingriff selbst in die Vermögenssubstanz der bestehenden Schichten, denn das Leben des Volkes steht höher als die Ise oder jenes Gut. Aber wir werden uns stets gegen die planmäßige Sabotierung und Ruinierung unserer Wirtschaft und unserer Werke wehren, denn dann schlägen wir dem Arbeiter das letzte Stück Brot zwischen den Zähnen weg und gäben ihn dem Hungertode preis. Das können nur radikale Lumpen tun, denen die Aufrichtung der revolutionären Diktatur alles, der Hungertod weiter Schichten des Volkes nur eine Bagatelle, ein Sprungbrett für ihre dunklen Nachschichten sind.

Das Wort der „Arbeitsdisziplin“ im guten Sinne, nicht des Hindudens in Scharfmachereimung, Arbeiterfühlung aus eigener Pflichterkenntnis heraus, das tut heute jedem Stande, aber genau so auch der Arbeiterchaft not. Viele, viele tun es, unentwegt und unverdrossen, weil sie wissen, daß nur das allein Volk, Vaterland, aber auch die Arbeiterfamilien zu retten in der Lage ist. Aber der Geist dieser Kollegen muß sich durchsetzen in den Betrieben, muß jedem radikalen Burzichen Rede und Antwort stehen und sich nicht scheuen in die Ecke drücken. Daß dieser gute Geist sich vornehmlich im christlichen Metallarbeiterverband zeigt, beweisen die letzten Wochen, in denen der sozialistische Metallarbeiterverband infolge seiner Zerstückelung und Unterwühlung den besten Nährboden für die Radikalen abgibt. Deutschland erwartet, daß besonders in diesen Tagen jeder seine Pflicht erfüllt. Tun wir als christliche Arbeiter die unsere.

Der springende Punkt

Unsere moderne Zeit hatte sehr hochmäßig auf die berühmten Wagnatzen aus der französischen Revolution von 1789 geblickt, mit denen man Wände tapeziert haben soll. Aber sie sind im Vergleich zur Mark als Gelbvaluta zu bezeichnen. Ihr niedrigster Kurs 1793 war 1/4000 ihres Nennwertes, während unsere Mark auf das 1/300 000 ihres Nennwertes gesunken ist. Sie steht tiefer als die österreichische Krone und die polnische Mark gestanden haben. Welche Konsequenzen das auf unser gesamtes Volks- und Wirtschaftsleben hat, erfährt jeder täglich an eigenen Leibe.

Wir sind ein Industrie-Agrarstaat, dem durch den sogenannten Friedensvertrag industrielle und agrarische Produktions-

gebiete abgeschnitten wurden. Dadurch ist die deutsche Wirtschaft unproduktiv und die frühere aktive Handelsbilanz ist in erschreckendem Maße passiv geworden. Dazu kam, daß wir es schon im Kriege nicht verstanden haben, die laufenden Ausgaben des Staates durch eine entsprechende steuerliche Belastung der Wirtschaft auszugleichen. Wir haben alle Ausgaben durch innere Anleihen (wie stolz waren wir alle darauf!) und durch Ausgabe wertlosen Papiergeldes zu bestreiten versucht, ohne an eine Deckung des entstandenen Verlustes zu denken. Wir haben künstlich den Begriff Mark = Mark-Jahre hindurch aufrechterhalten und haben durch fortbauenden Druck von neuen Geldzeichen die alten entwertet und dadurch eine Vermögensabgabe aller größten Stillschließungen, die Kleinrentner und Marksparrer ruinierte und die Arbeiterchaft vollends arm machte, während sich andere Stände schnell auf die „rettende Planke“ der Goldwährung begaben. Als die Ruhraktion einsetzte, zeigte sich die Wahrheit der Nietzsche'schen Worte vom Nichtssein aus der Geschichte in einer für Regierung und Parteien wiederum blamablen Weise. — Man suchte die Kosten abermals statt durch Steuern durch weitere Inflation zu decken. Die Reichsdruckerei genügt nicht mehr, jedes Werk, jede Bank, jede Stadt druckt Tag und Nacht und dann tragen wir noch, woher die Verschlechterung der Mark kommt.

So ist denn der Ruf nach Einhaltung der Inflation, nach Stillstand der Papiergedruckmaschinen, nach Stabilisierung der Finanzen und volkswirtschaftlichen Kräfte nur zu berechtigt. Aber nicht das Was ist der Kernpunkt, sondern das Wie. Wie bringen wir das fertig? Wir haben eine Zeitlang geglaubt, durch rein wirtschaftspolitische Maßnahmen (Devisenpolizei) oder valutetechnische Kunstgriffe die verfahrenen Verhältnisse beheben zu können. Aber das war ja kaum mehr als eine leere Gewissensbeschwichtigung, die den realen Tatsachen gegenüber ohnmächtig ist. Daß die neuerlich eingeschlagene Steuerpolitik bitterste Notwendigkeit war und daß im Interesse der Ehre der Nation vielleicht auch da die Zügel noch härter angezogen werden müssen, bedarf für einen politisch denkenden Mann keines Beweises mehr, ganz abgesehen davon, daß eine gerechtere Verteilung der steuerlichen Lasten nicht mehr zu umgehen war.

Aber wir sollen uns hüten, jetzt davon alles Heil zu erwarten, dann wären wir eben nur um eine Enttäuschung reicher. Wir kommen nicht eher aus der ganzen furchtbaren Kalamität, solange Deutschlands Produktion nicht die alte oder (infolge des verlorenen Krieges und der daraus entstandenen Lasten) eine wesentlich erhöhte Leistungsfähigkeit und tatsächliche Leistung zurückgewinnt.

Wir geben uns vielfach der trügerischen Hoffnung hin, als ob mit Wucherersehen, Markkommissionen dem irregulären Weg der Preise z. B. wirksam entgegengearbeitet werden könnte. Solange Angebot und Nachfrage den Markt bestimmen, solange auf enge Angebote eine starke Nachfrage herrscht, um so mehr Parasiten teilen sich noch dazu in das höchste Angebot, in dem sie alle ihre Hände waschen wollen. Der Leidtragende ist der Konsument. Dazu kommt die furchtbare Nervosität auf dem Warenmarkt. Soviel dürfte gewiß sein, daß tatsächlich mehr Waren da sind, als heute angeboten werden. Aber sie werden teils aus Furcht vor Unruhen, teils um sich vor der Marktentwertung zu schützen, zurückgehalten. Selbst das zugegeben, so ist das aber kein Grund dafür, daß die Handhabung gegen Wucherer und Schieber lag gehandhabt werden sollte; im Gegenteil, sie kann gar nicht scharf genug sein und sollte selbst bis zum äußersten gehen.

Aber wir müssen auch einsehen, daß Polizeireglemente zwar regulieren, aber keine Wirtschaft aufbauen können, ebenso wenig wie es Versorgungs- und Verteilungsbestimmungen allein tun. Das Wort von der „Verteilungswirtschaft“ hat in der Praxis furchtbare Folgen gehabt und wir sind jetzt glücklich so weit, daß nichts mehr zu „verteilen“ ist. Nur auf der Produktionspolitik kann sich die Wiederaufbaupolitik aufbauen. Wenn unsere Produktion in dem Tempo „fortschreitet“ wie in den letzten Jahren, dann ist der zynische Ausspruch Clemenceaus, daß 20 Millionen Deutsche zuviel sind, zur unabwehrbaren Tatsache geworden, weil uns dann eben die Ernährungs- und Arbeitsmöglichkeiten fehlen.

Nach den amtlichen Zahlen fiel von 1913 zu 1922 die gesamte Einfuhr um 39 Prozent der Vorkriegszeit, die gesamte Ausfuhr um 29 Prozent der Vorkriegszeit, also um mehr als Zweidrittel. Unser Ackerbau trug durchschnittlich auf dem Sektor in Doppelzentner:

	1922	1913
Weizen	14,2	24,1
Roggen	12,6	19,3
Sommergerste	11	22
Hafer	12,5	22
Kartoffeln	149	157
Zuckerrüben	258	304

Der ausgepörrte Boden, erstbeste Wirtschaft, aber auch der Mangel an Phosphaten macht sich in diesen Zahlen stark bemerkbar.

Wie es mit der industriellen Produktion steht, zeigen die Zahlen von 1913 zu 1922 pro Kopf im „Wiederaufbau“ vom 28. Juni 1923:

Besser als Worte geben diese nackten Zahlen ein Bild von der „Blüte“ der deutschen Volkswirtschaft. Der Kohlenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung verringerte sich von 2688 Kilogramm 1913 auf 2428 Kilogramm 1922, die Kohlenzeugung von 3116 auf 2613 Kilogramm (einschließlich der in Steinkohle umgerechneten Braunkohle, deren Erzeugung bekanntlich sehr gesteigert wurde). Die Kohlenhandelsbilanz zeigt einen Uberschuß von 11,8 Millionen Tonnen, ohne aber die 19 Millionen Tonnen Reparationskohle, mit denen sich der Uberschuß in ein Defizit von 7,7 Millionen Tonnen verwandelt. Die Erzeugung von Eisen ist um ein Sechstel, der Verbrauch um ein Drittel gesunken. Die Erzeugung von Rohstoffen hat sich um 177 Kilogramm, der Verbrauch um 158 Kilogramm pro Kopf vermindert; an Stelle eines Ausfuhrüberschusses von 613 000 Tonnen ist ein Defizit von 682 000 Tonnen getreten.

Durch diese Produktionsunterbilanz wird natürlich auch unsere Exporte bestimmt. Dazu kommt, daß unsere verringerte Exporte und Produktionsleistung gegen früher noch ganz andere Belastungen zu tragen haben: die gesamten Wiedergutmachungsarbeiten, die ungeheuren Renten, der Verlust unserer früheren ausländischen Gewinne, alles das soll durch unsere bis auf ein Drittel gesunkene Exporte im Gleichgewicht gehalten werden. Da ist es selbstverständlich, daß ohne eine Steigerung der Exporteffizienz und eine Verminderung der Einfuhr durch intensivste Arbeit im Inlande einerseits und Unterbindung jeglicher Luxusimporte andererseits eine Hebung unserer Wirtschaft gar nicht möglich ist.

Das zu erreichen ist Aufgabe aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auf keines Schultern kann allein die Last ruhen; sie muß gemeinsam getragen werden. Die Arbeiterschaft muß sich bewußt sein, daß intensive Ausnutzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig ist, daß vor allem die vielen unnötigen Pausen unterbleiben, die dem Arbeiter doch nur den Brotkorb noch immer höher ziehen. Das Unternehmertum hat es in den letzten Jahren vielfach am volkswirtschaftlichen Denken fehlen lassen. Wenn wir in unserer Qualitätsarbeit zurückgeblieben sind, dann deshalb, weil man auf Kosten der billigen Arbeitskräfte zwar teure, aber technisch vollkommenere Maschinen sich nicht zulegen wollte. So wurden die Betriebe vielfach mit den sog. unproduktiven „Kräften“ angefüllt, deren Zahl sich immer mehr als ein Hemmschuh für wirkliche Arbeit erwies. Das wenig volkswirtschaftliche Denken zeigte sich auch an völlig unnötigen Unterbietungen deutscher Werke untereinander selbst bei den Reparationsleistungen, bei denen doch kein Pfennig verloren gehen konnte, wie es noch vor kurzem bei der Lieferung deutscher Waggon auf Konto Reparation nach Serbien geschehen ist, wo man sich bis 30 Prozent unterbot. Unsere Industrie muß sich endlich darauf einstellen, daß das kaufmännische Denken und Rechnen nicht der Weisheit letzter Schluß ist, sondern daß darüber das volkswirtschaftliche Denken zu stehen hat. Es hat sich gerade in der Nachkriegszeit deutlich gezeigt, daß das nur kaufmännische Denken zwar scheinbar Gewinne abwirft, daß aber die Volkswirtschaft und damit auch die Industrie wieder selbst schädliche Rückwirkungen zu tragen hat.

Soll unsere Wirtschaft wieder emporkommen, bedarf es eines tätigen Schaffens aller. Zwar hindert uns Versailles am vollen Ausmaß der Betätigung. Aber soweit es geschehen kann, muß sich jeder seiner Pflicht bewußt sein, vor allem aber mehr als je der Aufraktion besonders im unbefestigten Deutschland bei weiten Teilen der Unternehmer und Arbeiter geschehen ist.

Gewerkschaftlicher Rundblick

Radikalismus in Wirtschaftserklärung

Der russische Radikalismus oder Bolschewismus, die Sehnsucht der deutschen Linksradikalen, zeigt den fürchtbaren Weg, den russische Wirtschaft und russisches Volk unter keinem System zu gehen haben. Gerade zur rechten Zeit, wo sich der deutsche Radikalismus wieder austobt, erscheint eine Schrift, die der bolschewistische Nationalökonom S. Jngulow in Moskau vor kurzem verfaßt hat und die um so größeres Interesse verdient, weil Jngulow ein Mann der herrschenden Klasse in Rußland ist. Seine Angaben, die aus letzter Zeit stammen, sind eine fürchtbare Anklage gegen den Sowjetismus und ein Menetekel, wohin die Desorganisation der Wirtschaft führen wird.

Von 1916 bis 1922 hat sich die Anbaufläche Rußlands von 82 auf 50 Millionen Dekjatin, d. i. um 39 Prozent, verringert. In der Krime schrumpften die Anbauflächen erst 1921 zusammen; es gingen jedoch mit einem Schlag 75 Prozent derselben verloren.

An Pferden zählte man in Rußland 1922 um sechs Millionen Stück weniger als 1916. In den vom Hunger betroffenen Gegenden verringerte sich der Pferdebestand um 44 Prozent.

Diesen Ziffern entspricht auch die Verringerung der Bevölkerung. Im Laufe der letzten Jahre verlor Rußland nach Jngulow 10 Millionen Seelen. Während im Kriege nur 1 600 000 Menschen fielen, starben infolge der Hungersnot 2 500 000, an Schwindsucht 2 000 000. Den

Waterland

Wir brauchen Liebe jetzt in diesen Tagen,
Wir brauchen Herzen, die in Treue schlagen,
Wir brauchen einen wachen, klaren Geist;
Wir müssen Demut in der Seele tragen
Und Hoffnung, die zum heiligen Ziele weist,
Und festes Wollen, niemals zu verzagen.

Rest verschlangen die Epidemien, insbesondere der Typhus. Während der Hungersnot von 1891, unter der Zarenherrschaft, starb bei den Bolschewiken 2 Prozent der Bevölkerung; 1921 bis 22 unter der Sowjetherrschaft forderte die Hungerepidemie 22 Prozent der Bevölkerung.

Das schlimmste jedoch ist der Rückgang der Geburtenzahl in ganz Rußland, denn damit schwindet die Hoffnung auf Ersatz. Im Vergleich mit dem Jahre 1913 betrug die Geburtenzahl 1921 nur 54 Prozent.

„Mit jedem sterbenden Landmann — so klagt Jngulow — mit jeder vom Erdboden verschwindenden Bauernwirtschaft, stirbt auch ein Stück Ackerfläche. Er stirbt für den Anbau für unabsehbare Zeit, und der Boden bedeckt sich mit Unkraut oder mit Steppengras. Nicht Getreideähren mehr, sondern Disteln wogen über den ungeheuren, vernichteten Flächen. „Die Steppe kommt! ...“

Eine der Ursachen des Rückganges des Ackerbaues ist, nach Jngulow die Naturalsteuer-Politik der Sowjetregierung. Die halbverhungerten Bauern schleppen die Getreidesteuer auf Wagen, die von abgemagerten Kühen gezogen werden, oder auf Handkarren in die Reichsmagazine heran. Im Besitze großer Getreidequantitäten, drückt die Regierung die Getreidepreise derart, daß sie gegenwärtig um 50—60 Prozent niedriger sind als vor dem Kriege. So verarmt der Bauer immer mehr. Da er aber in

Rußland der Hauptkonsument ist, so können sich auch Industrie und Handel nicht entwickeln.

Seine Haupt Hoffnung setzt Rußland zur Zeit auf den Export der Getreidevorräte, die es der Naturalsteuer verdankt. Darauf konzentriert sich auch das wirtschaftliche Interesse des Auslandes an Rußland. Insbesondere rechnet man auch bei uns auf russisches Getreide für die kommende Saison. Wird sich jedoch diese Hoffnung erfüllen lassen? Wenn die Sowjetregierung auch über Getreidevorräte verfügt, deren Preis um 60 Prozent niedriger ist als der Vorkriegszeit, so kostet dafür der Transport das Vierzigfache an Goldrubel nicht am Papierfremdwert mehr als vor dem Kriege. Wird das russische Eisenbahnnetz in seinem heutigen Zustande der Verfrachtung von einigen hundert Millionen Pud Getreide bewältigen können? Mit Eisenbahnen, die nur noch 5 Prozent des Friedensstandes intakt haben? Das Wirtschaftsleben Rußlands ist ruiniert und schon zieht Moskau Kapitalisten aller Länder heran, um den Wiederaufbau zu ermöglichen.

Das Schicksal Rußlands sollte jedem Einsichtigen zu denken geben. Vor allem aber auch der Arbeiterschaft. Der deutsche Radikalismus führt unsere Wirtschaft denselben Weg wie es der Bolschewismus mit der russischen getan hat.

Sie bereiten den Bürgerkrieg vor

Der Galgen auf den Werken ist nur eine Etappe. Dahinter lauert der von den Linksradikalen zu entfesselnde Bürgerkrieg. Um diesen erfolgreich durchzuführen zu können, verbinden sie sich mit den Rechtsbolschewisten, den Deutschbolschewisten usw. Ein wunderbares Konföderat. Schon ist es soweit, daß Graf Reventlow — Kommunist im Land erschreckt nicht — in der „Roten Fahne“ schreibt und in dem Klassenkämpferischen Blatt als „Herr Graf“ angeeredet wird. Der „Vorwärts“ (8. August 1923) ist in der Lage, einen Arbeitsplan der obersten Spitzen der KPD zu veröffentlichen, um die Rechtsbolschewisten für ihre Pläne zu gewinnen. Es heißt darin u. a.:

Inhalt der Verhandlung: Auseinandersetzung über die Möglichkeit einer gemeinsamen politischen und ev. auch praktischen Plattform. Dabei von unserer Seite die aus parteitheoretischen Erwägungen kommenden Differenzpunkte möglichst eingehend, beiderseitig annehmbare Punkte möglichst betont: Kampf gegen Poinecare und gegen die Mitte in Deutschland. Der Ton bei den Besprechungen höchst höflich (mit Exzellenz anreden) und liebenswürdig. Keine Marxzitate einschleusen. Ueberhaupt möglichst wenig parteiprogrammatisch auftreten, desto mehr persönliche Komplimente. Die so gewonnenen Personen und Organisationen im Bürgerkrieg für uns ausnutzen, auch später bei Verteidigung der groberlen Staatsmacht.

So legen also Hakenkreuz und Sowjetstern gemeinsam gegen den Bau des demokratischen Deutschland. Ein lauberes Märchen: Klassenbewußte überhäufende Deutschbolschewische und der verübete Bolschewismus ziehen an einem Strick gegen den deutschen Volksstaat. Der Radikalismus auf den Werken soll die Einteilung zum kommenden Putsch sein. Aufgepaßt!

Praktische christliche Nächstenliebe

Unsere Zeit kennt fast nur noch Egoismus. Es ist daher doppelt erfreulich, wenn man von einem Mit schönster christlicher Nächstenliebe berichten kann, wie er in Sam m packierte. Wie in vielen, vielen anderen Orten, so befanden sich auch dort die Waisenhäuser in größter Not. Dies veranlaßte den Betriebsrat der „Metall-Union“ (ein Werk, auf dem die christliche Metallarbeiter-Schaft ausschlaggebend ist) zu dem einmütigen Beschluß, eine freiwillige Sammlung in allen Abteilungen des Werkes zu veranstalten. In dieser Sammlung beteiligten sich fast alle Werksangehörigen. Es wurden Beträge von 1000 bis 100 000 Mark gezeichnet. Insgesamt ging eine Summe von 30 Millionen Mark ein, die den Waisenhäusern übergeben werden konnte.

Das war eine schöne Handlung und ein Akt der Menschenliebe, die in ihrer Größe die eigene Not überlag. Das schöne Beispiel verdient Nachahmung.

Wirtschaftsbilder aus deutscher Vergangenheit

Für die Arbeiterschaft, die heute im Mittelstande des Gesamt-Lebens der Nation steht, ist Schulung höchste Notwendigkeit. Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen ist dringendes Gebot. Wie kann man das aber ohne genügende wirtschaftliche Kenntnisse und geschichtliche Bildung. In den Zeiten dieser fürchtbaren Zensur wird es immer schwerer, größere volkswirtschaftliche und geschichtliche Werke sich zu beschaffen. Deshalb wollen wir unseren Kollegen aus den Werken erster deutscher Fortschrittlichste wirtschaftliche Einzelbilder bringen, die zusammengefaßt ein gutes überhäufliches Material über die deutsche Wirtschaftsgeschichte bieten, das auch als Unterlage in Unterrichtsstunden benutzt werden kann. Unsere Kollegen mögen sich daher diese Einzelbilder gut aufbewahren. Unser Organ wird zum Abdruck bringen:

- Das altdeutsche Handwerk Otto Dillen
- Die germanische Markgenossenschaft Viktor von Scheffel
- Christentum und deutsche Kultur Steinhausen
- Die Wirtschaft Karls des Großen Lamprecht
- Die Stadtwirtschaft Schmöller
- Städtische Klagenzgeschichte im Mittelalter Arnold
- Wie der Handwerker selbständig wurde Dillen
- Die Kunst Michel
- Etwas von den Goldschmieden Otto
- Die Gesellenverbände Jakob Wolff
- Eine Gesellenfahrt Steinhausen
- Die Straße im Mittelalter May
- Die Hanse und die Hanse Otto
- Das Handwerk im Spätmittelalter Kugel
- Auf dem Nürnberger Markt May Janetz
- Wie der Kapitalismus entstand May
- Der Wechsel und der Zins Ergmeyer
- Der Handelsweg über den Brenner und die Zölle Richard Meyer
- Die Fuggerei Schwaller
- Die Entstehung der Banken
- Die wirtschaftlichen u. sozialen Folgen d. Bauernkriege z. v. B. v. B. v. B.
- Deutschlands materielle Lage vor und nach dem dreißigjährigen Krieg Kante
- Das Merkantilismus Erdmannsdorfer
- Die Steinischen Reformen Horn
- Königlich Preussische und die deutsche Zollvereinigung Demaschke
- Erfindungen und Industrie Wolff

Hauswirtschaft und Handwerk bei den alten Deutschen.

Von E. Ditt.

Dem Mangel an germanischen Kaufleuten entsprach der Mangel eines germanischen Gewerbestandes. Leute, die um des Erwerbes willen ein bestimmtes Handwerk als Lebensberuf gelernt hätten, fehlten in dieser Freiheit fast gänzlich. Was man an gewerblichen Dingen brauchte, lieferte im allgemeinen der eigene Haushalt. Aus den Stämmen des reichen heimatischen Waldes zimmert der germanische Bauer mit seinen Anechten unter freundschaftlicher Beihilfe seiner Sippen und nächsten Volksgenossen sein rohes Blockhaus, dessen Gefäßspalten er mit Moos verstopft oder mit Strohlehm auskleibt, das er mit Stroh deckt. Die Wände verstreicht er mit Kalk und anderen erdigen Karbolen weiß zu färben und bunt zu färben. Er höhlt einen starken Eichenbaum und fertigt so den „Einbaum“, mit dem er den Strom befährt. Die hauptsächlichsten Ackergeräte, Waffen und Geschosse weiß er aus vertriebenen Stoffen mit eigener Hand herzustellen. Der freie Germane selbst freilich — wenn wir den Berichten der römischen Schriftsteller volles Vertrauen schenken — zieht die wilde Luft des Weidwerts, die Gefahren und Abenteuer eines kriegerischen Lebens, die Freuden des Mahls und des Gelages der Feldarbeit und geregelter häuslicher Tätigkeit vor. Je mehr aber aus dem Krieger ein Bauer wird, desto mehr muß er sich an die Arbeit gewöhnen, muß er dem Abenteuerleben und dem süßen Nichtstun entsagen. Der Löwenanteil der Arbeit indes fiel noch lange Zeit den Frauen, den minderjährigen Söhnen, den Töchtern, den Anechten und Mägden zu. Die Hausfrau spinnt und webt, sie bereitet aus ihren wollenen und leinernen Geweben, aus selbstbereiteten Tierfellen die einfache Kleidung. Töchter und Mägde gehen ihr dabei an die Hand. Die Spindel ist das Einbild des Weibes, wie das Schwert das Wahrzeichen des Mannes ist. Auch für des Leibes Nahrung sorgen die Weiber. Sie brauen das Getreidebrot und den süßen Met. Sie mahlen mit der Handmühle das Getreide, bereiten die Hauptgerichte, den Hahndrei, und baden das Brot. Schwerere handwerksmäßige Arbeiten verrichten die männlichen Hörigen oder Anechte. Aber auch sie sind keine Handwerker, sondern Landarbeiter. Das Handwerk ist ihnen eben weiter nichts als ein von der Landwirtschaft untrennbarer Nebenberuf. Die gewerbliche Arbeit der Hausfrauen besteht in der Hauptsache die gewerblichen Bedürfnisse des Haushaltes. Die altgermanische Wirtschaft ist mithin die der Hauswirtschaft.

Diese Hauswirtschaft des germanischen Bauernhauses ist jedoch in geschichtlicher Zeit keine geschlossene. Nicht alle Lebensbedürfnisse der Familie hat der Hausfleiß befriedigen können. Manche Zeit mußte der Tauschhandel diejenigen Waren liefern, deren Herstellung ein höheres Maß handwerksmäßiger Fertigkeit verlangte als sie im Kreise der Hausgenossen zu finden war. Gerade der Verkehr mit den feinsten Fremden Landfahrern mag zur Nachahmung der

ausländischen Gewerbetätigkeit gereizt und angeregt haben. Hatte man vorher aus Knochen und hartem Gestein mühsam allerlei Waffen und Werkzeuge gefertigt, so lernte man nun allmählich Erz (Bronze) und Eisen zu diesem Zwecke verwenden. Hatte man Metallgeräte selber von den fremden Händlern erkaufte, so begann man jetzt, nur die rohen Metalle von ihnen zu erwerben, um sie selber zu gießen, zu formen und zu schmieden. Man forschte nach den Metalladern des deutschen Heimatlandes, lernte Erze schmelzen und das Gosh des Rheinstromes gewinnen, kurz, man erzeugte, wenn auch in unzureichenden Mengen, im eigenen Lande die Rohstoffe, deren man zur Herstellung von Waffen, Schmud und Werkzeugen bedurfte. Das Verbot römischer Kaiser, den freiluftigen und kriegerischen Germanen römische Waffen und Eisen zu liefern, mag dazu beigetragen haben, den Spürsinn der Germanen auf die Bodenschätze ihres Landes zu lenken, sie zu fleißiger Übung der Gießerei und Schmiederei anzureizen. Der Germane begann, sein Speereisen, seine Pfeilspitze und die Eisenteile der übrigen Ackergeräte selbst zu schmieden. Der Bauer ward sein eigener Schmied. Die Schmiede war oft Gemeinbesitz und stand allen Dorfgenossen zur Benutzung offen.

Wie hoch der Germane die Schmiedekunst wertete, geht aus manchen Zügen der Ueberlieferung, der Sage, der Volkslied und des Rechtsbrauches unserer Väter deutlich hervor. Anechte, die besondere Übung in der Metallarbeit auszeichnet, stehen höher im Preise als andere. Wer einen hörigen Eisen- oder Goldschmied erschlägt, hat für diese Verletzung des „Friedens“, d. h. der Rechtsordnung mehr als das doppelte Vergeud zu zahlen als derjenige, der einen gewöhnlichen Anecht tötet. Von dem Wandalentrönig Geiseric heißt es, daß er einmalmals einen künftigen Schmied mit dem Grafen ranze beehrt habe. Schmiedearbeit gilt also nicht wie manche andere Handarbeit als Erniedrigung des freien Mannes. Ein allnorhisches Gedicht, das die Entstehung der Stände schildert, nennt einen der Söhne des freien „Schmied“. Wer kennt nicht die hoch geborenen halbächtlichen und firtlichen Schmiede der deutschen Heidenlage? Wieland der Schmied ist ein Königsohn. Jung-Siegfried schmiedet sich selbst ein unergleichliches Schwert. So erheben sich auf germanischem Boden die Schmiederei als eine edle Kunst, als eine ehrende Beschäftigung nicht nur des Freigeborenen, sondern sogar des Edelings und des Fürsten.

Alles in allem zeigt uns die germanische Urzeit nur die Anfänge zur Entwicklung eines selbständigen Gewerbes. In der Hauptsache bewegte sich das gewerbliche Leben noch durchaus auf landwirtschaftlichem Boden; es war in die Formen einer bäuerlichen Wirtschaft bekannt, welche die gewerblichen Bedürfnisse der Haushaltung im allgemeinen durch den Hausfleiß der Familienglieder und der Sklaven zu befriedigen mußte. Erst eine umfassende Umgestaltung der Bodenbesitzverhältnisse konnte jene Arbeitsteilung bewirken, die zur Entfaltung und Befreiung der gewerblichen Arbeit notwendig ist.

Aus unserem Verbandsleben

Wietnik. Zu einer besonders eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die anlässlich der Annahmefestung unseres Verbandsvorsitzenden Franz Wietnik abgehaltene Mitgliederversammlung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Der geräumige Saal war gut besetzt. Zunächst gab Gewerkschaftssekretär Gatzmann einen kurzen Bericht über die letzte Schlichtungsgerichtsverhandlung bezüglich des Metalltarifes. Dabei wurde das eigenartige Verhalten des Vorsitzenden vom Arbeitgeberverband genügend gekennzeichnet, so daß es manchen organisierten Kollegen zur unüberlegbaren Erkenntnis gekommen ist, weshalb diese Reise zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft führen muß, wenn keine starke Organisation da ist. Vom Vorsitzenden Doga wurden dem Verbandsvorsitzenden Reichstagsabgeordneten Wietnik besonders herzliche Worte der Begrüßung entgegengebracht.

Daraufhin erhielt Kollege Wietnik das Wort. Er führte aus, daß es schon sehr lange her sei, seit er in Oberösterreich gesprochen habe. Daher sei er gern dem Rufe der Mitglieder, als auch der freigestellten Kollegen gefolgt. Kollege Wietnik entwarf dann in tiefgreifender Art ein Bild der Entwicklung der christlichen Industrie und Organisationsverhältnisse. Die ständigen Verluste der Gewerkschaften, unter besonderer Mitarbeit des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes schon damals in der Schwerindustrie den 8-Stunden-Tag durchzuführen, fanden leider keine genügende Beachtung in den Reihen der Arbeiterschaft, trotzdem dieser aller Art zu einer Zeit der glänzenden Geschäftsperiode der Industrieherrn eher möglich gewesen wären, als heute, wo Deutschland eigentlich nur noch als ein Trümmerhaufen früherer Hochkonjunktur bezeichnet werden kann. Dazu kommt, daß unsere Gegner ebenfalls gleich Häuten das Trümmerfeld mit heutigen Mitteln nach allen möglichen erreichbaren Gegenständen abhaken. Wenn auch festgestellt werden kann, daß eine Hand voll Schieber auf Kosten der schaffenden Bevölkerung ein Luxusleben führen können, so ändert das nichts an der Tatsache, daß wir ein armes Land geworden sind und auch noch für Jahrzehnte hinaus bleiben werden.

Kollege Wietnik folgte dann in treffenden Bildern die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung, einen Weg aus diesem Chaos zu finden. Allein die christlichen Gewerkschaften hätten das Programm, auf Grund dessen eine Neubildung der Wirtschaft und Gesellschaft zum Besten der Gesamtheit möglich sei. Der Referent ging dann auf die Wirtschaftslage im allgemeinen ein und behandelte dann in längerer Ausführlichkeit auch die Lohnfrage. Es ist eine feststehende Tatsache, daß unsere Löhne mit der sprunghaftem Teuerung nicht gleichen Schritt gehalten haben. Eintreten muß es aber verständlich, wenn man die äußeren politischen mit den inneren wirtschaftlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen versucht. Der denkende Arbeiter wird dann erkennen, daß die gegenwärtige Papierflut als Reichtum eines Landes nicht angesehen werden kann. Im Gegenteil wird er zu der Überzeugung gelangen, daß nur die Werte schaffende Arbeit ein Volk ernähren kann. Des weiteren wurde den Mitgliedern in unverfälschter Form vor Augen geführt, unter welcher ungeheuren Lasten der deutsche Arbeiter sein ökonomisch-karistisches Dasein fristen muß, und welche Aufgaben ihm daher bevorstehen, an der Verbesserung seiner geistigen und sozialen Besserstellung mitzuarbeiten. Mit radikalen, oft nichts sagenden Redensarten werden wir niemals einem mit allen erdenklichen Mitteln ausgestatteten Gegner mit Erfolg entgegenzutreten können. Hier hilft nur einig und allein eine geistig gesunde in den Gewerkschaften in die Zusammengehörigkeit der Arbeiterschaft, die aber auch auf das Wort ihrer Gewerkschaftsführer das größte Gewicht legen und die ableisenden Schreier ruhig austoben lassen. In der darauf einleitenden Aussprache konnte mit Freude festgestellt werden, wie so viele Kollegen das Bedürfnis hatten, ihrem alten Führer und Wortführer ihre fast unerträglichen Leiden vorzubemerkeln. Für jeden einzelnen hatte er ein Wort prompter Erwiderung, kargte dabei aber auch nicht mit Worten ungeschminkter Wahrheit.

Diese Darlegungen verfehlten gleichfalls nicht ihre Wirkung, und jedes Mitglied hatte das Gefühl, daß ein Wort aus erprobtem Führermunde immer ganz bedeutende Wirkung hat.

Wäre denn diese Versammlung ein Ansporn für unsere Vertrauensmänner, die auch Mitglieder zur weiteren erprobten Tätigkeit innerhalb des Christlichen Metallarbeiterverbandes sein, sowie zur Gesundung der gesamten Wirtschaft mitzubringen helfen. Unserem hochverehrten Führer rufen wir zu:

„Auf ein glückliches, gesundes Wiedersehen!“

Ostpreussische Metallindustrie. Zu wiederholten Malen ist von den christlichen Gewerkschaften über die Handlungsweise der Arbeitgeber der ostpreussischen Metallindustrie (Verband der Metallindustriellen) Klage geführt und ein Eingreifen der Behörden verlangt worden, jedoch bisher ohne Erfolg. Hoffentlich werden die jüngsten Vorgänge für die Regierung Veranlassung sein, endlich einmal nach dem Recht zu sehen.

Das anmaßende Gebahren und die systematische Sabotage sozialer und arbeitsrechtlicher Gesetzesbestimmungen durch den Verband der Metallindustriellen des Ostens übersteigt alles bisher Dagewesene.

Da die Löhne in der Elbinger Metallindustrie, dem Bereich des vorgenannten Verbandes, teilweise unter den durchschnittlichen Verhältnissen anderer Wirtschaftsgebiete stehen, macht die Arbeiterschaft unter Aufsichtnahme des Schlichtungsausschusses den Versuch, hier Wandel zu schaffen. Das geht jedoch obigem Verband gegen den Strich und verläuft er deshalb, alles zu durchkreuzen.

Seit Bestehen des Schlichtungsausschusses haben genannter Verband und die ihm angeschlossenen Unternehmer noch jeden Schlichtungsanspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt. Da der Arbeitgeber mit dieser Möglichkeit rechnete und gegen widerpenfliche Arbeitgeber die Verbindlichkeitsklärung vorlag, wird versucht, auch dieses zu hintertreiben.

Seit Jahren besteht am Schlichtungsausschuss Elbing ein Streit über die Person des Vorsitzenden. Während nach Auffassung aller Arbeitnehmerkreise die bisherigen Vorsitzenden in einem mehr oder weniger starken Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern standen, ist der derzeitige Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Student, ein Mann, der unabhängig und unbeeinflusst sich ein Urteil zu bilden vermag. Da aber Dr. Student Gerechtigkeit und soziales Empfinden an den Tag legt (er ging hervor aus der christlich-sozialen Bewegung Berlins), steht der Verband der Metallindustriellen alles daran, ihn unmöglich zu machen. Selbst vor persönlichen Angriffen schreckt man nicht zurück. In verschiedenen Beschwerden an den Regierungspräsidenten wird unter anderem gefordert, Dr. Student habe gewissenlos gehandelt, habe bemüht das Recht beugte, um der Arbeiterschaft zum Siege zu verhelfen. Er stelle eine ungeheure Gefahr für das Elbinger Wirtschaftsleben dar und müsse innerhalb drei Tagen abberufen werden und anderes mehr.

Ausgerechnet jene Kreise, die bisher das Wirtschaftsleben Elbings auf das schwerste gefährdet haben, werfen sich zu dessen Beschützer auf, nach der Methode: „Haltet den Dieb“.

Die Beschwerdekammer in Marienwerder hat bisher noch alle Beschwerden der Arbeitgeber in dieser Angelegenheit einstimmig abgelehnt, desgleichen der Regierungspräsident, womit die Haltlosigkeit der Angriffe bewiesen sein dürfte. Damit nicht zufrieden, verlagte der Verband der Metallindustriellen, voran die Firma Schickau, die Sitzungen des Schlichtungsausschusses unmöglich zu machen.

Zu der Schlichtungsausschussung am 21. Juli 1923, wo über Löhne und Ferien für die gesamte Elbinger Metallindustrie verhandelt werden sollte, erschienen die Arbeitgeber einfach nicht, liegen aber ein Schreiben überreichen, daß sie es ablehnen, unter dem Vorwand von Dr. Student zu verhandeln.

Zwei von den Arbeitgeberbestimmern verlangten gleichfalls ihre Mitwirkung am Schlichtungsausschuss. Zwei weitere Arbeitgeberbestimmern lehnten ebenfalls ab und wurden gleich den beiden ersten in eine Strafe von je 500 000 M genommen.

Da unbeteiligte Arbeitgeberbestimmern nicht mehr vorhanden waren, schien es, als ob den Arbeitgebern ihr Vorhaben, den Schlichtungsausschuss nicht zugehen zu lassen, gelingen sollte. Da aber, auf Antrag der Arbeiterschaft, ein mit Vollmachten versehenes Regierungsvertreter der Sitzung beizuhöhen, der sich bereit erklärte, andere Arbeitgeber zu Bestimmern sofort zu ernennen, konnte doch noch verhandelt werden.

Dem dann gefällten Schlichtungsanspruch erklärten sich die Arbeitnehmer zu unterwerfen und bel der Arbeiterschaft für dessen Annahme einzutreten zu wollen.

Was bereits während der Verhandlung vom Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollegen Kungelmann, zum Ausdruck gebracht wurde, gilt nach wie vor für die gesamte Arbeiterschaft.

Letztere ist nicht gewillt, sich zu beloten herabwürdigten zu lassen. Sie wird alles daran setzen, daß die ihr vom Arbeitgeber eingeräumten Rechte auch von den Elbinger Arbeitgebern der Metallindustrie eingehalten werden.

Aus der Südweltke. Die sich im Saargebiet besonders stark auswirkende Teuerung zwingt die Arbeiterschaft der Hütten- und Metallindustrie trotz der Frankentelohnung immer wieder zu neuen Lohnforderungen. Das Unternehmertum hat aber diesen Forderungen in den letzten Wochen einen scharfen Widerstand entgegengelehrt, der nicht nur in der wirtschaftlichen Lage der Industrie begründet liegt. Es hat vielmehr den Anschein, als wenn die frankenspezifischen Wertbesitzer es mit Absicht zu einer Kraftprobe wollen kommen lassen, bei der sie hoffen, die Organisationen erledigen zu können. So wurden Verhandlungen für den Monat August glatz abgelehnt.

Der von der Organisation angerufene Schlichtungsausschuss fällt mit Mehrheit, also wohl ohne die Arbeitgeberbestimmern, folgenden Spruch:

„Eine Erhöhung der Löhne kann mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage vorerst nicht stattfinden. Spätestens Anfang September ist jedoch in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob nicht in der Hüttenindustrie ab September eine Wiederherstellung

der Lohnhöhe des Parises vom Dezember 1920 möglich ist. Weithliche Untersuchungen sollen dann auch für die weiterverarbeitende Eisenindustrie angestellt werden. Den Parteien wird aufgegeben, ihre Erklärung betr. Annahme oder Ablehnung bis zum 2. August dem Schlichtungsausschuss mitzuteilen.“

Damit ist die ganze Lohnbewegung in ein kritisches Stadium eingetreten. Die Kollegen erwarten für September bestimmt eine Lohnherabsetzung, während anhaltend die Unternehmer unter Berufung auf die wirtschaftliche „Lage“ im Saargebiet ausweichen wollen.

Für die Organisation bedeutet dieser Zustand eine schwere Belastung. Zu einem Kampf ist die Lage alles andere als günstig.

Es hat gar keinen Zweck, vor dieser unangenehmen Tatsache die Augen zu verschließen, sich an radikalen Sprüchen zu betrauen und die Arbeiter dorthin zu führen, wohin es der Unternehmer haben will.

Daß weite Kreise der Belegschaft an dem jetzigen Zustand leidet mit Schuld sind, muß offen ausgesprochen werden. Die Organisationsverhältnisse auf den einzelnen Werken, besonders dort, wo die Kommunisten sich an ihrer eigenen Dummheit betrauen und jede praktische Gewerkschaftsarbeit in den eigenen Reihen sabotieren, sind geradezu katastrophal. Damit, daß nun, wenn Gefahr im Anzuge, gleich etliche Tausende in die Verbände hereinströmen, um Unterstützungen zu erhalten, wo sie nichts gezahlt haben, ist es auch nicht getan. Das müssen die Kollegen in der Saarindustrie in ihrem eigenen Interesse endlich einsehen. Helfen kann nur eine starke Organisation und Opferwilligkeit. Auch auf diesem Gebiete hapert es schwer.

Die jetzigen Beiträge sind zu gering, um einen Kampffonds gegen die jetzigen mächtigen „Industriekapitalen“ zu schaffen. Gerade aber die radikalsten Schreier wollen die geringsten Beiträge zahlen. Sind die Beiträge schon in unserm Verbande unzureichend, so noch viel mehr im Deutschen Metallarbeiterverband. Eine klügere Einstellung läßt sich nicht denken. Wie kann man ausgerechnet im Saargebiet, wo die Arbeiterschaft einem rücksichtslosen, durch nichts gebremsten Unternehmertum gegenübersteht, glauben, mit geringen Beiträgen Gewerkschaftsarbeit leisten zu können. Mundspitzen hilft da nicht, es muß gestiffen werden.

Nur die Organisation kann im Saargebiet etwas für die Arbeiterschaft erreichen, die entsprechende Beitragsleistungen hat. Alles andere ist Bluff. Hoffentlich macht sich die gesamte Hütten- und Metallarbeiterchaft diese Auffassung zu eigen, ehe es zu spät ist.

Ein neues Gewand des Sozialismus?

Vom Reden Dr. Kiehl

(Schluß.)

Die neue Parteifundgebung hätte sich nicht mit einer schwereren Unwahrheit belassen können, als sie es tut durch Wiederholung des alten Vorwurfs, die Kirche sei eine Feundin des Kapitalismus gewesen. In dem Maße, das die Kundgebung von der Kirchengeschichte entwirft und womit sie diesen Vorwurf zu begründen sucht, ist alles falsch. Sobald die Kirche im vierten Jahrhundert die Freiheit erlangte, hat sie, anderthalb Jahrtausende vor Marx und Massalle, den Kampf gegen den Kapitalismus aufgenommen. Solange die Kirche die Gesellschaftsordnung beherrschte, hat sie den Kapitalismus niedergehalten. Sogar Staatssozialisten wie Brentano machten vor dem Kriege der kanonischen Doktrin zum Vorwurf, daß sie das Kapital befeindete und nicht aufkommen ließ. Frei denker wie August Comte geben zu, daß die Kirche in der gebundenen Gesellschaftsform des Mittelalters zum ersten Mal in der Geschichte jenen glücklichen Zustand herbeiführte, der dem Ideale einer verhältnismäßigen Anteilnahme aller an den Gütern des Lebens nahe kam. Man lese z. B. die mittelalterlichen sächsischen Landesverordnungen über die Lebenshaltung der einfachen Handwerksgehilfen: an jedem Werktag mußten dieselben zur Mittags- und Abendmahlzeit je 4 Gerichte, an Feiertagen 5 Gerichte erhalten. Das war die vielverspottete Zeit, wo die Gewerkschaften in Professionen hinter religiösen Bildern einherzogen.

Ein Zeuge, den der Sozialismus nicht gut wird ablehnen können, Karl Marx, erklärt, ein Kapital und ein Proletariat gebe es in Europa seit dem 16. Jahrhundert, als man der Kirche ihre Güter raubte und die Hinterlassen der Kirchengüter aus ihren Häusern vertrieb. Diese wurden der Grundstock des Proletariats.

Eine Reihe sozialistischer Grundforderungen, welche Marx in seiner Analyse der ökonomischen Phänomene enthielt, gehört auch zu den Grundforderungen des Christentums. Daß die mit dem Zerfall der christlich-mittelalterlichen Gesellschaftsordnung eingetretene Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln die Ursache des modernen Elendes ist, haben mit Marx auch die katholischen Nationalökomen stets auf das schärfste hervorgehoben, ohne stelling mit ihm in der Aufhebung der Gottesordnung des Privateigentums den einzigen Weg der Abhilfe zu sehen. Daß der moderne Industrialismus, wie Marx es ausdrückt, den Menschen zerstückelte, ihn zur Ware, zum ökonomischen Mittel der Ausbeutung herabdrückte und seine ganze Menschlichkeit zum Anhängsel seines Warencharakters stampeln wollte, indem er namentlich auch die Grundlagen der Familie zerstörte und den Beruf der Mutter, das reine Glück der Kinderjahre, die kostbarste Saatzeit für den Himmel untergrub, das alles war ein Angriff auf die heiligsten Lebenswurzeln des Christentums. Alle Gebote und Lehren des Christentums, welches die irdischen Güter als bloßes Mittel für ein höheres übernatürliches Ziel hinstellt, wurden von der im Dienste des Kapitalismus stehenden liberalen Nationalökonomie als kulturfeindlich und volkerverderbend verhöhnt. Man kann wissenschaftlich zurechtfinden sagen: Das, was man Kapitalismus nennt, ist, gesellschaftlich betrachtet, überhaupt nichts anderes als der organisierte Abfall von den Ideen des Christentums, und der Kristallisationsprozeß der modernen, dem christlichen Glauben entgegengesetzten Ideen.

Welches aber für uns Christen die unüberschreitbare Schwelle ist, kommt auch in der neuen Parteifundgebung mit aller nur denkbarer Entschiedenheit zum Ausdruck. Es heißt dort: „Wir leugnen durchaus nicht, daß wir als Pioniere des Fortschritts im Kampfe gegen das alte Kirchtum in vorbildlicher Reife standen, daß nicht Männer des Glaubens,

sondern Männer der exakten Wissenschaft, Rationalisten die Gründer und ersten Führer unserer Bewegung waren, daß wir mit offenen Armen den Zeitgeist aufnahmen, der von der klaren, harten Vernunft, vom bündigen, wissenschaftlichen Beweis her die Ideale der früheren Aufklärungsepoche weiter verfolgte und im Anschluß an die weltumwälzenden Entdeckungen der modernen Naturwissenschaft eine neue rationalistische Epoche heraufführte.“

Klarer könnte das historische Verhältnis des Sozialismus zum Liberalismus und Kapitalismus wirklich nicht mehr zum Ausdruck kommen. Was hier „die Ideale der früheren Aufklärungsepoche“ genannt werden, das war eben die geistige Revolution, die sich auf wirtschaftlichem Gebiete Kapitalismus nannte. Mit den weltumwälzenden Entdeckungen der Naturwissenschaft hand in Hand ging das Emporsteigen des Kapitalismus. Einen Märchentraum nannte Aristoteles den Gedanken, daß einmal das Webergeschifflein von selber gehen könnte. Der Traum verwirklichte sich. Die Maschine kam. In der Textilbranche übt schon jetzt die Elektrizität den Aufsichtsdienst, ob der Faden zerrissen ist oder nicht. Der ganze Weberaal mit den neuesten Maschinen kann zugeschlossen werden, weil die neuesten Schiffchen von selbst sich umlegen, wenn der Faden zerrissen ist.

Nicht als ob wir den Segen der Naturwissenschaft bestreiten wollten. Aber ohne Gott wird dieser Segen zum Verderben. Der Sozialismus ist in seinem Kampfe gegen den Kapitalismus auf halbem Wege stehen geblieben: er hat die Weltanschauungsgrundlage des Kapitalismus übernommen. Der Sozialismus leugnet mit dem Kapitalismus Gott und die in ihm verankerte ewige Bestimmung des Menschen, aus welcher allein eine tiefe Sozialisierung sich ableiten läßt.

Gewiß, Idealisten waren die Gründer der sozialistischen Partei. Lassalle rief in einer seiner Flammreden aus: „An dem Tage, an welchem die Sozialdemokratie siegen wird, werden die Menschen mit einem Schrei der Liebe einander in die Arme stürzen.“

Die Sozialdemokratie hat gesiegt — und nichts von Liebe erscheint. Nicht lawinenartig, sondern wie Berge wälzt das Arbeiterkapital sich über die Grenzen. Die neue Parteifundgebung will den Namen des letzten Kaisers auf die letzte kapitalistische Periode schreiben. Aber unsere Kaiser und Könige waren wie Weisenknaub gegenüber den internationalen Selbsthütern, die ihre Throne auf den blutigen Schlachtfeldern Europas aufreichten werden und wir stehen heute in einer kapitalistischen Periode von weit aus größerem Ausmaße als vor dem Kriege.

Der Ruf „Zurück zum stitlichen Gedanken, zurück zur Religion“ ist heute dringender als je. Nein, Religion ist keine Privatsache. Warum?

Weil wir zugrunde gehen, wenn Religion Privatsache ist, weil uns keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel retten kann, wenn die Liebe uns fehlt, und weil die wahre Menschenliebe keinen anderen Anker hat als den Gottesgedanken, den Gedanken, daß wir alle Kinder eines Vaters sind, der im Himmel ist! Darin liegt deshalb der große Selbstwiderpruch der neuen Parteifundgebung der Sozialdemokratie, daß sie von Ewigkeitswerten der Religion spricht und dabei doch an der materialistischen Geschichtsauffassung festhält. Denn nach dieser Geschichtsauffassung soll die Religion verschwinden, wenn die Wirtschaft ihren Vollkommenheitszustand erreicht. Nach christlicher Auffassung kann auch der vollkommenste Wirtschaftszustand die Menschheit nicht glücklich machen ohne Sozialisierung der Herzen, kann also die Religion niemals erlöschen. Es liegt ein goldenes Wahrheitskörnlein in dem alten Scherzwort: Der Sozialist sagt: Alles, was Dein ist, ist mein; der Christ sagt: Alles, was mein ist, ist Dein!

Für unsere Betriebsräte

Vorlegung der Betriebsbilanz.

Aus der Entscheidung des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 5. September 1922 — Nr. 568/527.

Gründe:

§ 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung (Reichsgesetzbl. 1921 S. 159) lautet: „Zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.“

In der Debatte im Ausschuss wählte ein Ausschussmitglied § 72 des Betriebsrätegesetzes dahin aus, daß die Betriebsbilanz für den Teil des Unternehmens, für den ein Betriebsrat besteht, verlangt werden könne.

Unter diesen Umständen sind die Anträge der technischen Büros der S.-S.-Werke in D. und L. abzuweisen, wobei es dahingestellt bleiben kann, ob diese technischen Büros, was unter den Parteien noch bestritten ist, im einzelnen eine größere oder geringere Selbstständigkeit gegenüber der Zentrale besitzen.

1. Zuziehung von Sachverständigen zu Betriebsratsitzungen durch den Arbeitgeber.
2. Vertretung des Arbeitgebers bei juristischen Personen.
3. Einrichtung einer Kasse für den Betriebsrat.

Aus der Entscheidung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 16. Juni 1922 — Nr. 522.

Aus den Gründen.

Qu. 1.: Nach den topographischen Berichten über die Verhandlungen in der Verfassungskommission Nationalversammlung Seite 4322 und der übereinstimmenden Meinung maßgebender Kommentatoren hat der Arbeitgeber das Recht, Sachverständige und sachkundige Betriebsangehörige als seine Berater zu den Sitzungen des Betriebsrates mitzubringen.

Bekanntmachungen des Betriebsrats.

Über das Recht der Betriebsräte zum Anschlag von Bekanntmachungen herrschen die verschiedensten Auffassungen. Zur Klärung und im Interesse möglichstster Rechtseinheitlichkeit hat der

preussische Minister für Handel und Gewerbe nachstehende Richtlinien herausgegeben:

1. Der Betriebsrat hat das Recht, die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben notwendigen Bekanntmachungen an die Arbeitnehmer ohne Genehmigung des Arbeitgebers anzuschlagen. Der Arbeitgeber ist auf Grund des § 36 B.R.G. verpflichtet, dem Betriebsrat die dazu erforderliche Gelegenheit zur Bekanntmachung an den werksüblichen Anschlagtafeln zu geben.
2. Der Betriebsrat hat dem Arbeitgeber von seinen Bekanntmachungen vor dem Anschlag durch Ueberlegung einer Abschrift Kenntnis zu geben, damit zur Vermeidung von Erschütterungen des Betriebs der Arbeitgeber die Möglichkeit zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat über den Inhalt des Anschlags hat.
3. Damit der Betriebsrat in der Erfüllung seiner Aufgaben aus dem Betriebsrätegesetz, insbesondere aus § 66 Ziffer 3 und 6 B.R.G., nicht behindert wird, ist auch der Arbeitgeber als verpflichtet anzusehen, dem Betriebsrat von seinen Bekanntmachungen, soweit sie den Aufgabenkreis der Betriebsräte betreffen, rechtzeitig von dem Anschlag durch Ueberlegung einer Abschrift Kenntnis zu geben.
4. Streitigkeiten sind nach §§ 93 und 103 B.R.G. in Fällen, die keinen Aufschub zulassen, von dem Gewerkschaftsvorstand zu entscheiden. Das Recht zur Einlegung des zulässigen Rechtsmittels innerhalb der vorgesehenen Frist wird hierdurch nicht berührt.

Für die gesetzlichen Betriebsvertretungen sind diese Richtlinien von großer Bedeutung. Sie gelten zwar nur für Preußen, es kann aber dahin gewirkt werden, daß sie auch in anderen Ländern als maßgebend anerkannt werden.

58. Der Anspruch auf Erstattung der Kosten, die durch eine Verletzung von Beauftragten der Betriebsräte zwecks Vorbereitung der Wahlen von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat entstanden sind, wird abgelehnt.

Entscheidung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 6. März 1923 — Nr. 673.

Aus den Gründen.

Das Gesetz über die Entlohnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat spricht an keiner Stelle über die Kostenfrage. Diese ist lediglich in Absatz 2 des § 8 der zu dem Gesetz erlassenen Wahlordnung behandelt.

Hier heißt es: „Die sachlichen Kosten (Verwendung des Wahl- auschreibens, Beschaffung und Verwendung der Briefumschläge und Wahlumschläge, Beschaffung des erforderlichen Stimmzettels) trägt die Unternehmung.“

Auch aus § 36 des Betriebsrätegesetzes kann in dem vorliegenden Falle kein Anspruch auf Kostenerstattung hergeleitet werden. Denn § 36 des Betriebsrätegesetzes bezieht sich auf die Fälle, in denen ein Betriebsrat innerhalb seines Aufgabekreises als Einzelbetriebsrat tätig ist.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichswirtschaftsrates besteht jedoch kein Anspruch auf die Erstattung von Kosten, die durch die Teilnahme an Sitzungen entstehen, die mehrere Betriebsräte verschiedener Betriebe abhalten.

Der Anspruch findet somit im Gesetz keine Stütze. Darüber hinaus beweist aber die Entstehungsgeschichte des Gesetzes über die Entlohnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, daß der Arbeitgeber nicht verpflichtet ist, Kosten zu tragen, die durch Zusammenkünfte mehrerer Betriebsräte zwecks Vorbereitung der Aufsichtsratswahlen entstanden sind.

Bei den Beratungen des Gesetzes im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde zu § 8 der Wahlordnung folgender Änderungsantrag eingebracht:

„Unternehmungen, deren Betriebe an verschiedenen Orten liegen, sind verpflichtet, die Unkosten zu tragen, die den Betriebsräten aus den für die Wahl und die Berichterstattung erforderlichen notwendigen Zusammenkünften erwachsen.“

Dieser Antrag ist jedoch unter Würdigung der dagegen erhobenen Bedenken zurückgezogen worden; da er auch später bei den Verhandlungen im Reichstage nicht wieder eingebracht wurde, so muß hieraus der Schluss gezogen werden, daß die Unternehmung nicht verpflichtet ist, außer den im § 8 der Wahlordnung genannten sachlichen Kosten, auch noch weitere Unkosten zu tragen.

Teilnahme von Verbandsvertretern an Betriebsversammlungen.

Aus der Entscheidung des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 30. Mai 1923 — Nr. 459.

Gründe:

Es war zunächst zu entscheiden, ob der F.-Verband als solcher aktiv legitimiert ist, beim Vorläufigen Reichswirtschaftsrat Antrag auf Abgabe einer Erklärung in vorstehender Angelegenheit zu stellen. Wenn auch grundsätzlich aus allgemeinen prozessualen Gründen heraus einem Verbandsrat die Rechtssfähigkeit bestritten, nicht das Recht zugesprochen werden kann, als solcher einen Rechtsstreit vor dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat abhängig zu machen (§ 59 ZPO.), so hat sich doch der Reichswirtschaftsrat in einer Bescheidenscheidung vom 8. April 1922 auf den Standpunkt gestellt, daß in dem vorliegenden Falle dem F.-Verband die Aktivlegitimierung zur Abhängigmachung des Rechtsstreites zuzuerkennen ist, da § 47 B.R.G. ausdrücklich den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer das Recht gewährt, Beauftragte zu den Betriebsversammlungen zu entsenden. Der Antrag des F.-Verbands war daher in formeller Beziehung nach Auffassung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates nicht zu beanstanden.

In sachlicher Hinsicht war dem Antrag des F.-Verbandes entsprechend zu entscheiden. Nach § 47 B.R.G. kann je ein Beauftragter der im Betriebe vertretenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer an der Betriebsversammlung mit beratender Stimme teilnehmen. Aus dieser Bestimmung folgt erstens, daß das Recht zur Teilnahme an Betriebsversammlungen denjenigen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer zuzusprechen ist, deren Mitglieder zu den im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmern gehören. Dabei kommt es nicht auf die Zahl der Arbeitnehmer an, die der Berufsvereinigung angehören, es genügt, daß auch nur ein einziges Mitglied der betreffenden Organisation im Betriebe beschäftigt ist, um der betreffenden Organisation das Recht zuzusprechen, an der Betriebsversammlung teilzunehmen. Gezielte Voraussetzungen bezüglich der Organisation selbst sind an dem Recht zur Teilnahme an Betriebsversammlungen nach § 47 B.R.G. nicht geknüpft, insbesondere ist nach dem Gesetz nicht erforderlich, daß die betreffende Vereinigung der Arbeitnehmer der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossen ist. Die diesbezüglichen Einwendungen des Antraggegners, der F.-Verband sei keiner der sogenannten Spitzenorganisationen angeschlossen, konnte daher nicht als rechtsbegründend angesehen werden.

Aus der Bestimmung des § 47 B.R.G. folgt fernerhin, daß es sich um ausschließliche Rechte der Vereinigungen der Arbeitnehmer handelt. § 47 macht die Teilnahme eines Vertreters der wirtschaftlichen Vereinigungen an den Betriebsversammlungen nicht abhängig von einer ausdrücklichen Aufforderung oder Genehmigung der Betriebsversammlung. Aus dem Wortlaut und aus dem Sinne der Bestimmungen des § 47 B.R.G. folgt vielmehr nach Auffassung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, daß grundsätzlich auch Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen an Betriebsversammlungen ohne entsprechende Einladung, ja unter Umständen sogar gegen den Willen der Betriebsversammlung, teilnehmen können. § 47 B.R.G. verfolgt offenbar seiner Bedeutung nach den Zweck, den Einfluß der Gewerkschaften zu stärken und den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und den Betriebsräten aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde ist daher auch sinngemäß ein Recht der Vereinigung der Arbeitnehmer zur Teilnahme an Betriebsversammlungen begründet, selbst wenn die Teilnahme an der Betriebsversammlung nicht gewünscht wird. Das Recht der Vereinigungen der Arbeiter zur Teilnahme an der Betriebsversammlung ist demnach ein absolutes und als solches unabhängig von dem Willen der Betriebsversammlung selbst. Daß die Betriebsversammlung trotz des Bestehens der Bestimmungen des § 47 B.R.G. die Teilnahme eines bestimmten Gewerkschaftsvertreters zu widerprechen, wenn persönliche oder sachliche Gründe gerade in der Person dieses einen Gewerkschaftsvertreters vorliegen, die diese Ausschließung der betreffenden Person von der Teilnahme an der Betriebsversammlung rechtfertigen, steht auf einem anderen Blatte und wird durch die vorstehend getroffene Entscheidung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates nicht berührt. Jedoch handelt es sich im vorliegenden Falle nicht um den Widerspruch der Betriebsversammlung gegen die Teilnahme eines bestimmten Gewerkschaftsvertreters, sondern allgemein um den grundsätzlichen Widerspruch der Betriebsversammlung gegen die Teilnahme eines Verbandsvertreters überhaupt. Ein derartiger Widerspruch aber ist nach Auffassung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates aus den oben dargelegten Gründen mit Rücksicht auf die Bestimmung des § 47 B.R.G. unzulässig, so daß dem Antrag des F.-Verbandes stattzugeben war.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus zahlbar sind, ist für Sonntag, den 26. August der 35. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 26. August bis 2. September und Sonntag, den 2. September der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. September.

Sonstige Anzeigen

„Das Gewinde“ ist ein unentbehrliches Handbuch für jeden Metallarbeiter Preis 2,— M. mal Teuerungszahl bei Wilh. Schuler Technisch. Verlag, Augsburg 6. In keinem Hause sollte eine Schwarzwälder Kuckuckuhr fehlen.

Neu erschienen: Ritter Taschenbuch für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk bei Breslau. Preis auf Anfr. Sie sofort, bevor der Vorrat verkauft ist Erich Lutz, Leipzig-R. 3, Elsbstr. 6

Verwendungsmöglichkeiten der Bohrmaschine

In Kleppings Anzeiger für die Metall- und Maschinenindustrie vom 9. August schreibt Alfred Raub nachfolgenden Artikel, den wir der Durchsicht unserer Kollegen sehr empfehlen:

Es gibt keine Werkzeugmaschine, die so vielseitig gebraucht werden kann, wie die vertikale Bohrmaschine. Dabei denke ich durchaus nicht an das mit allen Neuerungen ausgestattete Bohrwerk, sondern an die einfache, wohl in allen Metallbetrieben vorhandene Bohrmaschine. Natürlich läßt sich nur die Maschine in der unten näher bezeichneten Art zu allen möglichen Arbeiten verwenden, die sich in gutem Stande befindet. Dazu gehört vor allem, daß die Saugspindel kein Spiel in axialer Richtung hat, daß die Lager nicht ausgelassen sind, die Riemen bei jeder Geschwindigkeit gut durchziehen, der Bohrtisch sowohl wie auch die ganze Maschine in der Wage steht, der Vorhub instand ist und was dergleichen mehr ist.

Für das Bohren, die Feinstmehrarbeit der Maschine, kommen als Werkzeuge in Frage:

1. Der Spiralspindelbohrer, 2. der Spindelbohrer, 3. das Bohrmesser und 4. die Bohrstange. Die Verwendung des Spiralspindelbohrers ist bekannt. Ebenso wohl auch, daß es möglich ist, mit einseitig geschliffener Schneide größere Löcher (bis ungefähr 0,7 Millimeter) herzustellen, als der Bohrdurchmesser beträgt. Man kann auch einseitig, indem man das Loch erst einbohrt, danach die Bohrstange abwechselnd und nun das Loch mit dem rechtswinklig zur Spindelachse liegenden Grunde fertigstellt.

Der Spindelbohrer benutzt sich gut für tiefe Löcher in dünnem Material. Allerdings haben die so hergestellten Löcher keinen Anspruch auf Genauigkeit.

Das Bohrmesser wird vielfach zum Einsetzen, Abplanen, aber auch zum Formdrehen von Spigen, Zapfen, Knöpfen benutzt. Die Beteiligung der Messer geschieht am besten durch Längsfelle, die eine Steigung von 1:20 haben.

Die Bohrstange kann in sehr vielen Fällen unständliche Dreharbeiten erleiden. Ganz besonders geeignet erscheint sie bei häufig wiederholenden Bohrungen. Dabei ist es ratsam, das freie Ende einer sehr langen Bohrstange in das Werkstück oberhalb in eine Gabelnase, die man auf dem Bohrtisch befestigt, zu führen. Die Spindel und Messer sollen nicht alle auf der Stange nach einer Richtung stehen, sondern auf dem Umfang verteilt werden. Gebohrt wird mit langsamem Gang bei starrer Lagerung der Bohrspindel und möglichst selbsttätigem Vorhub.

Mit jeder Bohrmaschine kann man auch fräsen. So z. B. lassen sich Nuten in Wellen fräsen, Schlitze herstellen, Säurabköpfe abschleifen, Zapfen an Kunds, Bierkan- und Flaschen ansetzen, Stifte, Bolzen und Schrauben entgraten und was dergleichen Arbeiten noch mehr sind. Die Hauptvorteile dieser Fräse ist die Führung und das Festhalten des Arbeitsstückes. In vielen Fällen wird man schon damit auskommen, daß man den Bohrtisch schwenkt. Das kann je nachdem, aus dem Tisch, sofern keine Befestigung vorhanden, durch einen Stellring in der benötigten Höhe gehalten wird und darauf drehbar ist. Auf diese Weise werden durch Stellröhren kleine Krassen bearbeitet und mittels Scheibenfräser und Kreisfrägen Schlitze und Nuten geträht.

Schwieriger ist das Langschleifen in Wellen und Spindeln. Man kann diese Arbeit so ansühren, daß man die Welle in einem Prismenstück festspannt und das Ganze zwischen Führungsschienen, die man auf dem Bohrtisch schraubt, abspannt und festzieht. Der Fräser (ein langsamdrehender Zweifelhäcker) wird möglichst kurz in das Futter gesetzt und soll mit größter Geschwindigkeit laufen. Das Zapfen-, Formen- und Schleifen auf der Bohrmaschine geschieht mit den geeigneten Fräseformen und bietet meist keine erwähnenswerten Schwierigkeiten.

Sehr gut kann man auch die Bohrmaschine zum Spiralfederrollen verwenden. Zu diesem Zweck spannt man ein Stück Rundmaterial in das Bohrfutter, befestigt daran den Stahlstrahl und hält ihn zwischen zwei Holzleisten, die man durch Bolzen fest zusammenzieht, zurück.

Ein großes Verwendungsfeld findet die Bohrmaschine bei dem Gewinde schneiden. Während durchgehende, nicht zu lange Löcher ohne jede Vorrichtung mit Gewinde versehen werden können, empfiehlt es sich, bei Schälbohren eine der vielen auf den Markt kommenden Gewindebohrvorrichtungen zu benutzen.

Selbst um Fräser und Werkzeuge zu schleifen, kann die Bohrmaschine vorteilhaft eingerichtet werden. Sollte dabei die Genauigkeit für die Schmirgelscheibe nicht ausreichend sein, so treibt man die Schleifscheibe durch eine Schnellbohrvorrichtung. Hierdurch wird die Umlaufgeschwindigkeit der Bohrspindel durch ein Planetengetriebe um das Drei- bis Vierfache erhöht. Werkstückträger mit langsamdrehenden und abgerundeten Enden stellt man durch besondere Bohrköpfe in Verbindung mit Spezialbohrern her. Auch zum Ausräumen und Glätten mehrerer Löcher gebraucht man die stillstehende Bohrmaschine. Die Raumhülle wird in das Bohrfutter gespannt und durch den Handhebel herabgedrückt.

Zum Schluss sei noch der Hinweis gestattet, daß man lange Bohrer in Rundmaterial zweckmäßiger bei feststehendem Bohrer, den man in ein Drehbohrfutter spannt, auf dem Bohrtisch feststellt, erzeugt. Die Vorteile bei dieser Art des Bohrens sind: Die Umdrehungszahl kann bis auf das Dreifache der gewöhnlichen erhöht werden. Dabei muß aber der Vorhub langsamer vorwärtsgen. Die Späne fallen durch ihr eigenes Gewicht aus dem Bohrlöcher. Dadurch läuft der Bohrer stets frei und kann nicht festklammern und abbrechen.